

Lucia Bisceglia (Presidente), Carla Ancona (Vicepresidente), Sonia Brescianini, Serena Broccoli, Michele Marra, Antonello Marras,
Rossella Murtas, Anna Maria Nannavecchia, Matteo Renzi

OFFENER BRIEF AN DIE ITALIENISCHE REGIERUNG

Zur Dringlichkeit des Schutzes Italiens und der Welt vor der nuklearen Bedrohung und zur Priorität des Beitritts zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW)

Der anhaltende Konflikt in der Ukraine bestätigt, dass Kriege und bewaffnete Konflikte eine ernsthafte Bedrohung für die öffentliche Gesundheit und die Unversehrtheit der Umwelt in Europa wie auch im Rest der Welt darstellen.

Als Beschäftigte innerhalb des Gesundheitssektors möchten wir hervorheben, dass jede Überlegung über gerechte Kriege jede hypothetische Restbedeutung verliert, wenn man sie mit dem zerstörerischen Potenzial der modernen Nukleartechnologie in Zusammenhang setzt, deren Einsatz in der Entwicklung des ukrainischen Krieges möglicher und beängstigender denn je wird.

Atomwaffen verursachen unmittelbare Schäden in Form von Toten und Verwundeten, die die Kapazitäten der medizinischen Versorgung selbst in gut organisierten Gesundheitssystemen weit übersteigen. Unsere Gesundheitsinfrastruktur ist nicht auf die humanitäre Katastrophe vorbereitet und kann es auch nicht sein, die sich aus der Explosion auch nur einer einzigen Atombombe in einer unserer Städte ergeben würde.

Zu diesen unmittelbaren Schäden kommen die langfristigen Schäden für die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt hinzu. Verheerende und nicht zu bewältigende Auswirkungen, die nicht nur die Belastbarkeit einzelner Länder oder Gebiete, sondern der ganzen Welt übersteigen. Solange es diese Massenvernichtungswaffen gibt, ist das Überleben der Menschheit bedroht.

Angesichts des zerstörerischen Potenzials von Atomwaffen gibt es keine Rechtfertigung für ihren Einsatz, ebenso wenig wie Strategien, die sie zur Abschreckung einsetzen, sinnvoll sind. Schon der Begriff der "Verteidigung" ist nicht auf den Einsatz von Atomwaffen anwendbar, die ihrem Wesen nach eindeutig gegen alle Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und des Schutzes der Zivilbevölkerung sowie der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten verstoßen, die im Völkerrecht durch die Protokolle der Genfer Konventionen verankert sind.

Italien ist eines von fünf Mitgliedern der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO), das im Rahmen eines Abkommens über die gemeinsame Nutzung von Atomwaffen US-Atomwaffen auf seinem Hoheitsgebiet

C.F. 93014390509 – PIVA 09589680967

Sede legale e amministrativa: Via Cristoforo Colombo, 112 - 00147 Roma

Email Segreteria aie.segreteria.amministrativa@gmail.com - **Presidenza:** c/o Area Epidemiologia e Care Intelligence
AReSS Puglia – Lungomare Nazario Sauro,33 - 70121 BARI • email l.bisceglia@aress.regione.puglia.it
www.epidemiologia.it

stationiert. es handelt sich um nicht weniger als 40 B61-Atombomben, die aller Wahrscheinlichkeit nach in den Stützpunkten Aviano und Ghedi gelagert werden¹.

Am 7. Juli 2017 wurde ein historisches globales Abkommen zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet, das als Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) bekannt ist². Es trat am 22. Januar 2021 in Kraft und füllt damit eine bedeutende Lücke im internationalen Recht.

Der Vertrag verbietet es den Staaten, Kernwaffen zu entwickeln, zu testen, herzustellen, zu produzieren, weiterzugeben, zu besitzen, zu lagern, einzusetzen oder mit dem Einsatz von Kernwaffen zu drohen, oder zuzulassen, dass Kernwaffen in ihrem Hoheitsgebiet stationiert werden.

Ein Land wie Italien, das in seinem Hoheitsgebiet Atomwaffen eines anderen Staates stationiert hat, kann dem TPNW beitreten, sofern es sich bereit erklärt, diese innerhalb einer bestimmten Frist zu entfernen.

Bislang hat Italien das TPNW noch nicht unterzeichnet, aber im September 2017 nahm das italienische Parlament eine Resolution an, in der die Regierung beauftragt wurde, "die Möglichkeit zu prüfen", dem Vertrag beizutreten. Im Oktober 2017 verpflichtete sich Luigi Di Maio vor seinem Amtsantritt als Außenminister zusammen mit 246 anderen Parlamentariern, sich für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrags einzusetzen³. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta und der ehemalige Außenminister Franco Frattini unterzeichneten im September 2020 einen offenen Brief, in dem sie die derzeitigen Staats- und Regierungschefs aufforderten, "Mut und Kühnheit zu zeigen und dem Vertrag beizutreten"⁴.

Wir sind der Meinung, dass der Beitritt Italiens zu dem Vertrag eine notwendige und dringende Maßnahme ist. Mit jedem Tag des Krieges in der Ukraine steigt das Risiko, dass sich der Konflikt ausweitet und Atomwaffen eingesetzt werden. Die Unterzeichnung des TPNW ist nicht nur notwendig, um Italiens Sicherheit zu gewährleisten, sondern würde auch ein internationales Signal der Entspannung und Deeskalation setzen.

Das erste Treffen der TPNW-Staaten wird vom 21. bis 23. Juni in Wien stattfinden⁵. Organisiert wird die Veranstaltung von ICAN (Nobelpreis 2017), der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen, im Ansatz den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW, Nobelpreis 1985) folgend.

Am 18. Mai 2022 verabschiedete der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Abgeordnetenkammer eine Resolution, mit der die italienische Regierung verpflichtet wurde zu erwägen

¹ ICAN: How is your country doing? Italy, <https://www.icanw.org/italy>

² ICAN, Full text of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, https://www.icanw.org/tpnw_full_text

³ ICAN, Full list of pledge takers, https://pledge.icanw.org/full_list_of_pledge_takers

⁴ Open Letter in Support of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ican/pages/1712/attachments/original/1600645499/TPNW_Open_Letter_-_English.pdf

⁵ ICAN, First Meeting of Nuclear Weapons Ban Treaty set for June, https://www.icanw.org/tpnw_first_meeting_of_states_parties_june_2022

als "Beobachterland" an der ersten Tagung der Vertragsstaaten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) teilzunehmen.

Als Menschen, die in der Forschung, dem Schutz und der Förderung der globalen Gesundheit tätig sind, fordern wir die italienische Regierung auf unbedingt an diesem Treffen teilzunehmen und, im Einklang mit den zuvor geäußerten Absichtserklärungen, den Vertrag so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Der Konflikt in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass ein Atomkrieg näher denn je sein könnte. Die einzige Lösung besteht darin, der nuklearen Abrüstung Vorrang einzuräumen. Dies ist unserer Ansicht nach die einzige kohärente Wahl für eine Regierung, die sich den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung verpflichtet fühlt.

In der Gewissheit, dass die Gründe für unseren Appell verstanden werden, hoffen wir, dass wichtige Schritte in die vorgeschlagene Richtung unternommen werden.

Der Vorstand der Italienischen Gesellschaft für Epidemiologie
Die Arbeitsgruppe AIE-Frieden